



Das Jahr 2012 muss ein Jahr der Lohn-, Renten- und Sozialoffensive werden

MdL Ina Leukefeld fordert von Landesregierung aktive Arbeitsmarktpolitik und glaubwürdige Mindestlohn-Initiative

Das Jahr 2012 muss ein Jahr der Lohn-, Renten- und Sozialoffensive werden“, hatte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, bei der ersten Pressekonferenz der Fraktion DIE LINKE zum Jahresauftakt am 3. Januar betont. „Schließlich geben die aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt keinen Grund zur Entwarnung. Bei der Mehrheit der Thüringer kommt der viel beschworene Aufschwung nicht an. Thüringen ist immer noch Niedriglohnland – das bedeutet für viele Menschen, dass sie von ihrer Arbeit nicht leben können“, monierte die Arbeitsmarktexpertin.

Besonders Besorgnis erregend die Situation älterer Arbeitsloser

Prekäre Beschäftigung, Mini- und Midi-Jobs, die zusätzlich mit Hartz-IV-Leistungen gestützt werden müssen, und Leiharbeit sind weiter auf dem Vormarsch. Die Linksfraktion fordert von der Landesregierung den Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Menschen in existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen.

Besonders Besorgnis erregend ist die Situation der älteren Arbeitslosen in Thüringen. Im November waren insgesamt 22.680 Arbeitslose im Alter zwischen 55 und 65 Jahren. 18,4 Prozent der älteren Arbeitslosen befanden sich im Rechtskreis des SGB III, 38,8 Prozent im Rechtskreis des SGB II, also im Hartz IV-Bezug. Dies bedeutet für

die Betroffenen eine Reduzierung der Rentenansprüche und vor allem droht ihnen Altersarmut.

Mindestens ebenso problematisch ist die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten. In der Bundesrepublik arbeiten knapp fünf Millionen Menschen ausschließlich in einem Minijob, das heißt, sie verdienen mit einer Tätigkeit nicht mehr als 400 Euro im Monat. Hinzu kommen noch 2,5 Millionen Menschen, die eine solche Beschäftigung als Nebenjob haben. Zehn Prozent von ihnen sind Rentner, elf Prozent Studenten, sieben Prozent Schüler. Mit 32 Prozent betrifft dies die Beschäftigung im Handel, 26,6 Prozent bei wirtschaftlichen Dienstleistern, 20,8 Prozent im Gastgewerbe, 20,6 Prozent im Sozial- und Gesundheitswesen. Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn der Minijobber betrug knapp 300 Euro.

Die Ankündigung von Minister Matthias Machnig, dem Thüringer Kabinett einen Gesetzentwurf für einen bundeseinheitlichen Mindestlohn vorlegen zu wollen, wird von der Linksfraktion ausdrücklich begrüßt. Ina Leukefeld bezeichnete den Vorstoß als einen „deutlichen Schritt“, der „allerdings auch mit aller Konsequenz und der notwendigen Thüringer Bundesratsinitiative“ erfolgen müsse.

Die Abgeordnete warnte in diesem Zusammenhang die Thüringer CDU-SPD-Koalition, dass man „mit der Hoffnung der Menschen nicht spielen“ dürfe. Es sei eine schon lange nicht

mehr nicht hinnehmbare und unerträgliche Situation, dass „Arbeit arm macht und sich in Thüringen der Niedriglohnsektor immer weiter ausdehnt hat“. Ina Leukefeld verwies auf die Forderung der LINKEN nach einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde. Nur so könne sichergestellt werden, dass die Menschen „ohne staatliche Hilfen von ihrer Arbeit leben können und auch im Alter Existenz sichernde Renten erhalten“.

Inakzeptable CDU-Vorschläge für einen Pseudo-Mindestlohn

Die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion wollte aber nicht verhehlen, dass ihre Erwartungen an die neue Machnig-Initiative mit Blick auf das Agieren der SPD in der Thüringer Koalition sowie die CDU-Vorschläge für einen Pseudo-Mindestlohn eher begrenzt sind.

Scharfe Kritik hat die Bundestagsfraktion der LINKEN anlässlich der neu aufgeflammten Renteneintrittsalter-Diskussion geübt: Jahr für Jahr dieselbe rituelle Heuchelei. Erst wird vollmundig Widerstand gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters angekündigt, dann wieder fleißig an der Durchsetzung der Rente erst ab 67 gearbeitet. Hätten CDU, CSU und SPD diese Rentenkürzung per Gesetz wirklich verhindern wollen, hätten sie im Dezember im Bundestag dem Antrag der LINKEN zustimmen können. ■

KOMMENTIERT:

von Martina Renner

Antifaschistische Klausel

Der CDU-Abgeordnete Klaus Zeh meint, dass die in der Thüringer Verfassung verankerten Diskriminierungsverbote eine von der LINKEN geforderte antifaschistische Klausel überflüssig machen würden, und es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass es „stets und ständig ausschließlich um Rassismus und Rechtsextremismus“ gehe.

Offenbar ist die Thüringer CDU mit der Geschichte des Grundgesetzes und der Länderverfassungen der Bundesländer nicht vertraut. 2009 stellte das Bundesverfassungsgericht nochmals klar, dass das Grundgesetz „geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden [kann] und von seinem Aufbau bis in viele Details hin darauf ausgerichtet [ist], aus den geschichtlichen Erfahrungen zu lernen und eine Wiederholung solchen Unrechts ein für alle Mal auszuschließen“.

Auch in Länderverfassungen, wie der in Hessen, sind auf den Nationalsozialismus bezogene klare verfassungsrechtliche Zielvorgaben zu finden. Im Artikel 158 der Verfassung des Landes Hessen heißt es: „Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind oder vor dem 1. Januar 1949 noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und den Militarismus zu überwinden und das von ihm verschuldete Unrecht wieder-gutzumachen.“

In Verfassungen verankerte Staatsziele sind Leitplanken und Korrektiv für staatliches Handeln und in der verfassungsrechtlichen Praxis von nicht unerheblicher Bedeutung. Eine antinazistische Staatszielbestimmung in der Thüringer Verfassung, die dem historisch zentralen Anliegen des Grundgesetzes entspricht, würde dann keinesfalls ins Leere laufen, wenn Politiker wie Klaus Zeh nicht immer wieder versuchen, die wissenschaftlich obsolet gewordene Totalitarismustheorie politisch überleben zu lassen – siehe die unsägliche Gleichsetzung zwischen dem Nationalsozialismus, der einen Vernichtungskrieg und den Holocaust hervorgebracht hat, und dem in der DDR begangenen Unrecht. ■

AKTUELL

Uni Erfurt würde zum Zentrum interreligiösen Dialogs

Die Ankündigung der Thüringer Ministerpräsidentin, eine jüdische Fakultät an der Universität Erfurt gründen zu wollen, wird von Bodo Ramelow ausdrücklich begrüßt. „Damit würde die erste jüdische Fakultät in Deutschland in Erfurt entstehen und die Universität Erfurt zu einem Zentrum des interreligiösen Dialogs werden“, betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag. „Angesichts des angestrebten Weltkulturerbestatus Erfurts hinsichtlich seiner einmaligen Zeugnisse mittelalterlicher jüdischer Kultur und im Spannungsbogen zwischen dem neu errichteten NS-Gedenkort Topf & Söhne und der alten Synagoge, in

der der jüdische Schatz seit dem vergangenen Jahr gezeigt wird, bettet sich eine Fakultät der jüdischen Lehre sehr gut in diese Entwicklung ein“, erklärte der Landespolitiker.

Bodo Ramelow, der selbst Mitglied des Stiftungsrates der Leo Baeck Foundation ist und damit Vertreter des Abraham Geiger Kollegs, begrüßte es ebenfalls, dass schon in diesem Jahr in Weimar an der Musikhochschule Franz Liszt die Kantorenausbildung einen festen Platz bekommt. „Mit der Kantoren- und der Rabbinerausbildung wäre es ein konsequenter Schritt, dies alles in einer Fakultät zu vereinen. Es ist eine Verbindung zwischen Forschung und Lehre und würde den gesamten Bereich von den aramäischen bis zu

den hebräischen Schriften umfassen“, hob Bodo Ramelow hervor. „Dies bettet sich wunderbar ein zwischen Papstbesuch und Lutherdekade und Erfurt würde damit zu einem zentralen Ort des religiösen Dialogs.“

Der LINKE Politiker reiste vom 5. bis 12. Januar mit einer Delegation der Landtags-Fraktionsvorsitzenden und der Rosa Luxemburg Stiftung nach Israel. Über die Einladung der Thüringer Ministerpräsidentin, sie bei ihrer Israel-Reise Ende Dezember zu begleiten, hatte er sich sehr gefreut, konnte ihr aber nicht folgen, da die LINKE Reise unmittelbar bevorstand.

Stationen und Eindrücke der Reise sind unter www.bodo-ramelow.de und thuringenlinks.de abrufbar. ■